Deutsche Kommunistische Partei

DKP

Naziaufmärsche verhindern
Rechtsentwicklung stoppen
Soziale Zukunft statt Sparprogramme

www.dkp-karlsruhe.de www.dkp.de www.unsere-zeit.de news.dkp.de

„Wohin steuert Karlsruhe?“

„Vielfältig, bunt, vor allem friedlich soll er sein, der Protest der Stadtgesellschaft gegen den Aufmarsch Rechtsextremer am Pfingstsamstag in Durlach“, so die Karlsruher Stadtzeitung in ihrer Ausgabe vom 2. Juni 2017. „Karlsruhe zeigt an Pfingstsamstag Flagge für Toleranz und Weltoffenheit: Stadt will starkes Signal senden“ heißt es da weiter. Und dann OB Dr. Mentrup: „Die Stadt müsse den Aufzug der Rechten zwar hinnehmen,…“

NEIN!, die Zivilgesellschaft kann diesen Aufmarsch nicht hinnehmen, sonst schafft sie sich selber ab und auch die Demokratie, wie schon einmal 1933 bei der Machtübertragung an den Hitlerfaschismus. Genau mit diesen Schritten des „Hinnehmens“ führte der Weg bis 1933, und mit der Abschaffung der Demokratie fand sich die Zivilgesellschaft in der Diktatur wieder. „Hinnehmen“ ist kein „starkes Signal“ sondern Zeichen hoffnungsloser Schwäche.

Wenn die Stadt Karlsruhe, die Stadt mit dem Sitz des Bundesverfassungsgerichts, dem gleichen verhängnisvollen Weg mit „hinnehmen“ die Straße ebnet, dann spricht sie sich nicht für Demokratie, nicht für die Zivilgesellschaft, sondern für deren gewaltsames Ende aus.

Presseerklärung der DKP Karlsruhe vom 02.06.2017

Rechte Aufmärsche verhindern, statt sie hinzunehmen!

V.i.S.d.P. DKP KA, Markgrafenring 10, 76703 Kraichtal dkp.karlsruhe@gmx.de

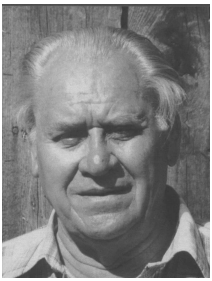
„Hilflose Gesten, Flaggen und Zeichen reichen nicht aus...“

Am 3.6.2017 zeigt Karlsruhe „Flagge gegen Hass und Gewalt“ mit vielfältigen Aktionen, während gleichzeitig 800 oder mehr Nazis in Begleitung von über 3000 Polizisten durch den Stadtteil Karlsruhe-Durlach marschieren dürfen. Hinter all den vielen bunten Flaggen und starken öffentlichen Signalen verschwindet die schlichte Tatsache, dass die Stadt trotz alledem den politischen Nachkommen von SS und NSDAP ein Recht auf faschistische Propaganda zugesteht.

Doch braune Gewalt und faschistischer Terror auf der Straße setzt sich letztlich immer durch gegen alle Flaggen und Signale. Das Grundgesetz hat die Konsequenzen gezogen aus den Verbrechen des Faschismus – Verbot! Der rechte Aufmarsch in Karlsruhe trifft auf breit gestreute und motivierte Zurückweisung in der Bevölkerung, gerade auch im Geist und Wort des Grundgesetzes, so dass schon mal 3000 Polizisten erforderlich sind, um diesen Widerspruch zum Grundgesetz gegen die demokratische Öffentlichkeit durchzusetzen. Bereits 96 Stunden vor dem eigentlichen Nazi-Aufmarsch wird über Durlach quasi der Ausnahmezustand verhängt.

Hilflose Gesten, Flaggen und Zeichen reichen nicht aus, sie müssen ergänzt werden durch ein politisch breit getragenes Verbot. Hier versagt die Stadt Karlsruhe mit Blick auf die deutsche Geschichte, weil sie vor lauter Zeichen vor einer robusten Vorgehensweise zurückschreckt. Es ist eine Schande, dass die Stadt kein Verbotsverfahren angestrengt hat. Stattdessen kann der Anmelder der Nazidemo Riefling das Verhalten der Stadt für sich und die Nazis als roten Teppich buchen mit einem Polizeiaufgebot, wie es sonst nur zum Schutz von Staatsgästen aufgefahren wird.

Presseerklärung der DKP Karlsruhe vom 30.05.2017



»Frieden und Demokratie sind Zwillinge,

Krieg und Faschismus, Spannungen nach aussen und Abbau demokratischer Rechte nach innen auch.«

*- **Karl Wagner** (1909 - 1983), Widerstandskämpfer, Dachau-, Mauthausen und Buchenwaldhäftling*